

# Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg frei Haus vierteljährlich 63 Mark, monatlich 21 Mark. In den Ausgabestellen vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — Bei Postbezug ohne Bestellgeld vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — **Einzelnnummer** 1,50 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** 3 Mk. für die 33 mm breite Kolonelleile, 1,50 Mk. nur für private Stellen. Platzvorrufen: Anzeigenzeile 3,50 Mk., Reklamezeile 12 Mk. — Für Aufträge aus dem Auslande deutsche Mark. — Offerten- und Anstufungsgebühr 2 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfach-Konto Stettin 1847.

Nr. 4.

Bromberg, Donnerstag den 6. Januar 1921.

45. Jahrg.

Des gesetzlichen Feiertags (Hl. 3 Kön.) wegen wird die nächste Nummer dieser Zeitung Freitag, den 7. Januar, nachmittags ausgegeben.

## Bürgerstich.

Wenn wir heute vom Bürgerstich sprechen, so wollen wir nicht die schon recht abgedroschenen Phrasen vom Gegensatz der „Bürgerlichen“ und sozialistischen Arbeiterklasse aufwärmen. Wir bestehen darauf, daß wir alle bis zum ärmsten Lohnempfänger und Rentennehmer nicht nur Staatsbürger, sondern wirklich Bürger im ureigensten Sinne sind. Wir haben alle dieselben Wünsche, uns zu ernähren, zu kleiden und nicht zuletzt für unser geistiges Wohl oder doch wenigstens für eine angemessene Unterhaltung außerhalb der Werkstunden zu sorgen. Deshalb haben wir alle dasselbe Ziel und als Bürger zu schützen. Und dazu liegt jetzt Grund vor.

Wir durchleben gegenwärtig eine schwere Krise, von der sich viele allerdings noch keinen Begriff machen können. Die Geldentwertung ist so rapide weiter geschritten, daß selbst hohe Gehälter und Löhne nicht mehr mit unseren Bedürfnissen in Einklang zu bringen sind. Eine Unzufriedenheit in allen Kreisen ist die Folge. Nur wenige eigenständige Kreaturen, Parasiten und Schieber sind noch imstande, ein angenehmes Dasein im Stile der Vorkriegszeit zu führen. Wir ändern alle aber treiben unweigerlich der Verzweiflung zu —, wenn wir nicht — uns als Bürger organisieren, uns gegenseitig helfen, alle Klassen- und Standesunterschiede überbrücken und alle nationalen Gegensätze in diesen kritischen Tagen vergessen können. Wir brauchen keine „Orgel“ im eigentlichen Sinne, aber etwas Ähnliches. Wir benötigen Organisationen, die dem Bürger das Handwerk legen und der Ausbeutung durch Schieber und dergleichen einen Riegel vorschieben. Jeder Bürger hat das Recht und muß die Pflicht in sich fühlen, auch Missetaten sofort zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, damit die Behörden dann unverzüglich eingreifen können. Heute wollen wir nicht näher in alle Einzelheiten eingehen, aber von Fall zu Fall behalten wir uns vor, und zwar im lokalen Teil unserer Zeitung, ohne Rücksicht jeden Missetat so zu erörtern, daß auch den Analphabeten ein Licht aufgeht. Heute sei nur die Überflutung unserer Gebiete durch städtische Aukäufer erwähnt, die schon Formen einer Landplage angenommen hat. Das sind keine redlichen Kaufleute, die jetzt nach kurzer Pause in den Neujahrstagen unser Land überschwemmen, sondern Buhner und Schieber in reiner Form und Gestalt. Jede Bauersfrau muß gewarnt werden, daß sie durch Verkauf von Produkten an solche Fremde das Glend im eigenen Lande vergrößern hilft, jeder Kaufmann und sein Personal müssen acht geben, Ware nicht dem Schieber, wenn auch zu noch so vorteilhaften Preisen, zu verkaufen, kein Hotelwirt, kein Kellner und kein Hausknecht darf dem nicht völlig einwandfreien Fremden zu Quartier und Obdach verhelfen. Das seien vorerst einige Mahnungen zum Selbstschutz, zum Bürgerstich.

## Die Verhandlungen in Riga.

### Eine neue Note Kosses.

Warschau, 3. Januar. Der Führer der russischen Friedensdelegation Kosses überreichte der polnischen Delegation eine neue Note, in der er über Verletzung des russischen Gebietes durch polnische Truppen und über dem Vorfrieden widersprechende Maßnahmen der polnischen Militärbehörden Beschwerde führt. Kosses teilt zugleich mit, daß bei Verletzung der Demarkationslinie festgenommene Personen nach Kriegsrecht behandelt werden.

### Bei der Fortsetzung der Kommissionsverhandlungen

wurde der Vertrag über die Auswandererfragen und vor allem über die Rückkehr der Geiseln und der Kriegsgefangenen von der Redaktionskommission im Einverständnis beider Delegationen endgültig formuliert. Der Vertrag umfaßt 40 Paragraphen. Der Termin der Unterzeichnung soll demnächst angesetzt werden, sodann soll der Vertrag, obgleich er eigentlich ein Teil des Gesamtfriedensvertrages ist, sofort in Kraft treten.

## Republik Polen.

### Die Kabinettskrisis.

Warschau, 3. Januar. Daszowski, der am 30. Dezember aus Zakopane nach Warschau zurückgekehrt ist, Abt einstweilen weiter seine Funktion als stellvertretender Ministerpräsident aus. Einem Korrespondenten des Reimberger „Przegląd Wiekoporn“ gegenüber hat er noch in Zakopane erklärt, daß er mit Witos vereinbart habe, gleich nach dem Fest der Heiligen drei Könige die Besprechungen mit den Vertretern der Sejmparteien über eine Neubildung der Regierung zu beginnen. Witos selbst werde demissionieren, wenn die Parteien nicht gewisse Ministerposten mit „politisch entsprechenden“ Persönlichkeiten besetzen wollten. Neben dem bekannten Ernährungsministerium scheint es sich dabei besonders um die Ministerien des Innern und der Justiz zu handeln.

Ministerpräsident Witos hatte am 30. Dezember eine längere Besprechung mit dem Staatschef Pilsudski, in der, wie der „Kurjer Polski“ zu melden weiß, auch die Kabinettskrisis zur Sprache kam.

Warschau, 2. Januar. Die Nationale Arbeiterpartei wird gleichfalls ihren Vertreter, den Arbeitsminister Pielowski, aus dem Kabinet zurückziehen. Im „Przegląd Wiekoporn“ heißt es: Die N. P. A. — Narodowa Partia Robotnicza — ist der Ansicht, daß die bisherige Politik der Regierung das Vertrauen der Arbeitermassen zur Nationalen Arbeiterpartei, die ihren Einfluß darauf stützt, daß sie der Streikagitation das Lösungswort „Arbeit und Brot“ entgegensetzt, untergräbt. Da bei der Anarchie auf den Eisenbahnen auch die schon in Betrieb genommenen Arbeitsstätten schließen müssen, weil es an Kohlen fehlt, da der Stand der Lebensmittelversorgung des Landes besorgniserregend ist, verliert dieses Lösungswort jeglichen Boden unter den Füßen. Infolgedessen wird die Parteileitung der N. P. A., die am 14. Januar in Warschau zusammentritt, ihr Verhältnis zur Regierung einer Revision unterziehen.

Der „Wawolentia“-Klub wird, wie aus politisch gut informierten Kreisen verlautet, gleichfalls seinen Vertreter in der Regierung, den Landwirtschaftsminister Pomiatowski, zurückziehen. (Wir brachten schon eine dahingehende Meldung.)

Warschau, 4. Januar. (P.M.) Heute wird die Rückkehr des Ministerpräsidenten Witos erwartet. Wie die Blätter berichten, wird morgen die Frage des Rücktritts des Vizepräsidenten Daszowski entschieden.

Warschau, 4. Januar. (P.M.) Am 11. d. M. findet in Warschau eine Konferenz der Sejmfraktionen statt, in der endgültig zu den politischen Gruppierungen Stellung genommen werden soll. An dieser Konferenz werden auch Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei teilnehmen.

### Der Gesundheitszustand des Staatschefs

hat sich soweit gebessert, daß er nach Konsultation der Ärzte Dienstag das Bett verließ.

### Die Reise des Staatschefs nach Frankreich.

Warschau, 3. Januar. Der Zeitpunkt für das Eintreffen Pilsudski in Frankreich soll der 8. oder 9. Januar sein. Außenminister Sapieha und Kriegsminister Sosnkowski werden den Staatschef auf seiner Reise begleiten.

Angeichts der Wichtigkeit der in Aussicht stehenden Pariser Verhandlungen will Pilsudski den Minister des Innern Fürsten Sapieha, den Kriegsminister Sosnkowski und den Finanzminister Steczkowski mit nach Paris nehmen.

### Der bulgarische Ministerpräsident Stambuliski

ist Dienstag früh mit seiner Begleitung in Remberg eingetroffen. Am Nachmittag begab sich der Ministerpräsident nach Borschaw und Drohobycz, wo die Petroleumquellen besichtigt wurden. Abends fuhr er nach Westzka zur Besichtigung der Salinen. Von dort aus erfolgt die Rückfahrt über Rumänien nach Bulgarien.

### Rücktritt des amerikanischen Botschafters.

Warschau, 4. Januar. (P.M.) Die Blätter berichten nach dem „Moment“, daß der amerikanische Botschafter in Warschau Gibson in Kürze sein Amt niederlegen und nach Washington zurückkehren wird. Die Ursache seines Rücktritts ist angeblich der Umstand, daß er als Mitglied der demokratischen Partei des Präsidenten Wilson auf diesen Posten berufen wurde und es daher gegenwärtig für angezeigt erachtet, als persönlicher Freund Wilsons gleichzeitig mit Wilson zurückzutreten.

### Französische Kreditschüsse für Polen.

Warschau, 3. Januar. Nach einer Meldung der P.M. hat der französische Finanzminister erklärt, daß ein Kredit von 66 Millionen Francs vorgesehen sei, um Polen und Rumänien im Bedarfsfälle Kriegsmaterial liefern zu können.

### Die Schäden der Kriegszeit.

Warschau, 4. Januar. (P.M.) Die Kommission zur Abschätzung der Schäden, die Polen während der Kriegszeit erlitten hat, hat ihre Arbeiten nahezu beendet. Beim Liquidationsamt sind im ganzen 640 000 Anträge eingereicht worden, von denen 470 000 erledigt wurden. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden in der ersten Hälfte des Monats März der interalliierten Wiedergutmachungskommission in Paris vorgelegt werden.

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 3. Januar. Der polnische Gesandte in Paris hat am 31. Dezember dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz Cambon eine Note der polnischen Regierung überreicht, welche die Festlegung des Abstimmungstermins für Oberschlesien betrifft.

### Die polnisch-litauischen Verhandlungen

sind, wie Warschauer Blätter melden, wieder einmal auf dem toten Punkt angelangt. Die Litauer verlangen, daß Polen kein Desinteressement an den Litauern durch den litauisch-russischen Vertrag anerkannten Gebieten erklärt, mit anderen Worten: auf das Wilnaer Gebiet verzichtet. Dafür will Litauen den Polen in seinem Gebiet die Minderheitsrechte einräumen.

### Die Aufsicht über die Aktiengesellschaften.

Warschau, 4. Januar. (P.M.) Mit dem 1. Januar ist der Sejmbeschluß über die Aktiengesellschaften in Kraft getreten. Auf Grund dieses Beschlusses, der im ganzen Gebiet Polens Rechtskraft hat, ruht die Aufsicht über Aktiengesellschaften in den Händen des staatlichen Aktiengesellschaftsrates, der sich zu einem Drittel aus den Vertretern der Regierung, zu zwei Dritteln aus Vertretern der Genossenschaftsverbände zusammensetzt. Die Genossenschaften und Verbände, die zur Nominierung von Kandidaten für Mitglieder des Rates berechtigt sind, müssen spätestens bis zum 13. Januar die Abschriften ihrer Statuten, den Tätigkeits-

bericht für das letzte Jahr, ein Verzeichnis der Einlagen sowie der Mitglieder an das Schatzministerium einreichen.

## Polnisch-französische Glückwünsche.

Warschau, 4. Januar. (P.M.) Aus Anlaß des Neujahrstages hat der Staatschef an den Präsidenten der französischen Republik folgendes Telegramm geschickt:

Ich beileide mich, Ihnen, Herr Präsident, zu Beginn des neuen Jahres meine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln, und auch dem ganzen Volke Glück zu wünschen, das so würdig durch Sie vertreten wird. Die Bande der engen und aufrichtigen Freundschaft, die Frankreich und Polen einen, sowie die Gemeinsamkeit der Interessen beider Staaten stellen eine gewisse Handhabung dafür, daß unsere Solidarität in allen Fragen, die bis jetzt noch nicht entschieden sind, nie zerfallen wird. Diese Fragen betreffen insbesondere die Sicherheit und die Entwicklung unserer Länder, sowie die endgültige Gewährleistung des Friedens und die allgemeine Harmonie. Das Gefühl großer Dankbarkeit, die durch die edle, unserm Vaterlande erteilte Unterstützung genährt wird, gestaltet unsere gemeinsame Arbeit noch fruchtbarer. Polen, das den Idealen des Friedens und der Gerechtigkeit treu ist, wird in dem neuen Jahre gern sich der hervorragenden Friedenspolitik Frankreichs anschließen.

Präsident Millerand antwortete folgendermaßen:

Die mir durch Eure Excellenz übersandten Glückwünsche haben mich besonders gerührt. Die engen Freundschaftsbände, die unsere Länder zusammenhalten, werden binnen kurzem durch Ihren Besuch Frankreichs gefestigt werden, den Sie Paris abzustatten gedenken. Ich zweifle nicht daran, daß das beginnende Jahr den Triumph der Ordnung- und Fortschrittsidee erblicken wird, die unseren durch das gemeinsame Ideal der Gerechtigkeit und des Friedens geleiteten Regierungen Kraft verleiht. Ich bitte Eure Excellenz, gleichzeitig mit meinen persönlichen Wünschen auch die Glückwünsche für Polen entgegen zu nehmen, die ich im Namen der französischen Republik und ihrer Regierung übermittele.

## Irishes.

Wie die „Times“ berichtet, sind die Verhandlungen der Regierung mit den Sinnfeinerführern vollständig gescheitert. Es sei Lord George nicht gelungen, die nötigen Garantien zu erhalten, und die Sinnfeiner hätten keine Vorschläge mit größter Zurückhaltung angenommen. Die Regierung wird daher ihre bisherige Politik fortsetzen, es ist sogar wahrscheinlich, daß die Verhängung des Standrechtes auf ganz Irland erachtet wird.

Die Anwesenheit von Devalera in Irland ist nicht bestätigt. Es scheint zum mindesten zweifelhaft, daß Devalera sich bereits auf irischen Boden befindet und sicher ist nur, daß er Amerika verlassen hat. Er hat seine Rückkehr nach Irland in einem Banktelegramm an die Amerikaner angekündigt. Devaleras Frau hält sich seit einigen Tagen in der seit geraumer Zeit leerstehenden ehelichen Wohnung in Gren Stones in der Grafschaft Wicklow auf, und setzt allen neuartigen Fragen nach dem Verbleib ihres Gatten ein ebenso stummes wie bedauerliches Rätsel entgegen.

## Die außenpolitische Lage der Tschecho-Slowakei.

Prag, 3. Januar. „Český Slovo“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Minister Benesch, der die außenpolitische Lage als durchaus günstig bezeichnet, da kein unmittelbarer Konflikt drohe, auch nicht mit Ungarn, da nach der Ratifikation des Friedensvertrages eine Verabingung eingetreten sei. Die Beziehungen zu Polen besserten sich gleichfalls, weshalb mit Rücksicht auf den innerpolitischen Umwandlungsprozeß eine stetige gute Nachbarschaft erwartet werden könne. Die Freundschaft zu Südslawien und Rumänien dauere unverändert fort, und habe bezüglich Südslawiens durch dessen Verständigung mit Italien noch eine Festigung erfahren. Das Verhältnis der Tschecho-Slowakei zu Frankreich und England habe sich gefestigt, nachdem wirkliche oder scheinbare Differenzen bezüglich Rußlands und Ungarns völlig verschwunden seien. Schon bei der Genfer Konferenz habe sich mehrfach die Festigkeit der außenpolitischen Lage der Tschecho-Slowakei gezeigt. Zu seiner Komreise erklärte Benesch, daß dabei sowohl politische als auch wirtschaftliche Verhandlungen in Betracht kämen, insbesondere auch der endgültige Abschluß des Wirtschafts- und Handelsvertrages.

## Freistadt Danzig.

Der Streik im Zeitungs- und Buchdruckergewerbe dauert fort. Vier Zeitungsbetriebe, die deutsche Zeitungen herausgeben, haben sich zur Herausgabe eines Nachrichtenblattes als Notzeitung vereinigt. Die Buchdruckereibetriebe waren bereit, die Löhne, die nach dem neuen Tarifbeschluß, der durch Abstimmung von den Gehilfen bestätigt wurde, ab 1. Januar 1921 für Deutschland Gültigkeit haben, auch für den Freistaat zu bezahlen, zweitens darüber hinaus aber den Verheirateten wesentliche Erhöhungen in Form von Kinderzulagen zu geben. Diese Vorschläge blieben zunächst unbeantwortet, doch hat die Gehilfenschaft an den Verein der Buchdruckereibetriebe unterm 30. Dezember eine Anfrage wegen Aufnahme von Verhandlungen gerichtet. Der Verein hat den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten.

Die Gehilfen erklären, daß sie mit den Buchdruckern und den fachlich gebildeten Redakteuren, die angeblich das Nachrichtenblatt technisch herstellten, nach Beendigung des Streikes noch ein deutliches Wort reden wollen. „Freiheit, die ich meine!“



## Deutsches Reich.

### Erhöhung der Bezüge des Reichspräsidenten.

Der Reichshaushaltsausschuss beantragte beim Reichstag eine Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten sowohl wie seiner Aufwandsentschädigung um je 50.000 Mark. Der Reichspräsident wird demnach ein Einkommen von 400.000 Mark haben. Außerdem hat er Anspruch auf freie Dienstwohnung mit Geräteausrüstung.

### Auf die Lage des deutschen Volkes

Am in seiner Jahresabschlussrede der Erzbischof Dr. Faulhaber in München zu sprechen, indem er seine Not und Armut, auf der anderen Seite die Geld- und Gewinnlust gewisser Volkskreise hervorhob und die Notwendigkeit betonte, sich wieder aus der Tiefe emporzuarbeiten. Die Forderung der Milderung der deutschen Mißstände bezeichnete er als schlimmer als den beihilfemittelschen Kinder mord.

### England verlangt Auskunft über die deutsche Finanzkraft.

"Evening Standard" sagt, daß der englische Volschaffer in Berlin über folgende Punkte Klarheit zu erhalten wünscht: 1. Sind in Deutschland Kapitalien investiert worden? 2. Wie groß ist der deutsche Nationalreichtum? 3. Wie hoch belaufen sich die deutschen Kapitalien im neutralen Ausland? 4. Welches ist der deutsche Kapitalverkehr in Deutschland und im Ausland?

### Die Gefahr eines Staatsstreiches für Bremen?

U. Bremen, 3. Januar. In Bremen wird dem 9. Januar mit ersten Beschränkungen entgegengesehen. In diesem Tage findet der Volksentscheid über die Auflösung der Bremer Nationalversammlung, in der die Mehrheitssozialisten und die U. S. P. die Mehrheit haben, durch den Senat, der eine bürgerliche Mehrheit hat, statt. Es wird in Bremen als sehr wahrscheinlich angesehen, daß die Linksparteien dabei den Versuch eines Staatsstreiches machen werden.

## Uebrigcs Ausland.

### Die Räuber Bestungarns in Österreich.

Wien, 3. Januar. Der Beschluß der Volschafferkonferenz, wonach die Entente Bestungarn durch Vermittlung der internationalen Kommission zunächst selbst übernimmt und sodann an Österreich weitergibt, hat in hiesigen maßgebenden Kreisen große Befriedigung hervorgerufen, weil dadurch die Grenzen Österreichs nunmehr endgültig festgelegt sind. Man rechnet damit, daß anfangs März die Übergabe Bestungarns an die internationalisierte Kommission erfolgen und der Anschluß des Burgenlandes an Österreich Ende März durchgeführt werden wird.

Wien, 3. Januar. Die ungarische Regierung wird wegen der Lösung der bestungarnischen Frage durch die Entente das im Dezember getroffene Handelsabkommen nicht ratifizieren.

### Protestkundgebungen gegen die Budapestcr Todesurteile.

Wien, 3. Januar. Der internationale Protest gegen die Budapestcr Todesurteile zieht immer weitere Kreise. Bei dem Komitee für die Vorbereitung der Wiener internationalen Konferenz laufen dauernd Protestkundgebungen ein. Es besteht der Plan, daß die Bewegung nicht nur auf die Begnadigung der zum Tode verurteilten Kommissare sich beschränkt, sondern sich auf alle Verurteilten der konterrevolutionären Gerichte ausdehnen wird.

### Die wirtschaftliche Lage Sowjetrusslands.

London, 3. Januar. Wladimir de Warfokow, der Chefdirektor einer Großbank in Petersburg und Direktor zahlreicher großindustrieller Unternehmungen, hat in einer Unterredung folgendes erklärt: Die Industrie ist in ganz Rußland tot. Die Volkswirtschaft ist nicht imstande, die in einem Handelsvertrag festgesetzten Bedingungen zu erfüllen. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß die Blockade der Entente die einzige Ursache der Wirtschaftslage in Rußland ist. Diese Lage ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß niemand in Rußland daran denkt, zu arbeiten. So lange das gegenwärtige Regime aufrecht erhalten bleibt, werde auch die Absicht, nicht zu arbeiten, bestehen bleiben.

### Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England

beschloß die Regierung, die Arbeitszeit in den staatlichen Industrien herabzusetzen und ferner alle Arbeitgeber in England zu ersuchen, die gleiche Methode zu befolgen. Die Regierung wird die Arbeiterforderungen auffordern, an dieser Bewegung teilzunehmen.

### Frankreichs Kohlenüberfluß.

Le Havre, 3. Januar. Informationen aus Le Havre besagen, daß im Hafen 6766 Tonnen Kohle, die aus Baltimore mit dem Dampfer „Salaverry“ eingetroffen waren, öffentlich freihändig zu 70 Franken die Tonne an Schiffsangehörige verkauft wurden.

### Kommunistische Verschwörung in Südslawien.

Die Belgrader Presse veröffentlicht Einzelheiten über eine kommunistische Verschwörung, die die kommunistische Regierung in Südslawien einführen wollte. Die Regierung erließ unverzüglich energische Maßnahmen und veranlaßte die Festnahme der führenden Kommunisten. Der Versuch, einen Generalaufstand hervorzurufen, mißlang. Die Regierung löste in allen südslawischen Städten die kommunistischen Organisationen auf.

### Friede in Fiume.

Rom, 4. Januar. (P.M.) Wie aus Fiume gemeldet wird, hat der Rat der Stadt Fiume den Vertrag von Abbazia ratifiziert.

### König Konstantin.

Athen, 3. Januar. Der König bereitet sich vor, im Laufe des Monats an die Front von Smyrna zu ziehen. Ehe er abreist, wird er noch ein genaues Studium der innerpolitischen Lage und eine Umbildung des Kabinetts vornehmen. Diese Umbildung wird wahrscheinlich erst nach Wiedereröffnung der Kammer und der Wahl des Präsidiums erfolgen. Der König hatte in den letzten Tagen zahlreiche politische Persönlichkeiten zu Rate gezogen, hauptsächlich die früheren Ministerpräsidenten.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

### Bromberg, 5. Januar.

#### Warum die Winter milder werden.

Der überaus milde Winter dieses Jahres ist nur eine besonders günstige Erscheinung unter vielen ähnlichen, die in den letzten Jahrzehnten festzustellen waren. Die Frage ist nun, ob sich das Klima wirklich geändert hat und aus welchen Gründen. Der englische Meteorologe S. R. Bastin weist darauf hin, daß diese Zunahme der Wärme nicht auf Europa beschränkt ist. Auch in anderen Teilen der Welt hat die Entwicklung der Zivilisation zu einer Beeinflussung

des Klimas geführt. In Kanada ist offiziell festgestellt, daß die Kultivierung des Bodens und die Urbarmachung des Landes die Strenge der Winter vermindert hat. In vielen Teilen des Landes, besonders in der Gegend von Winnipeg, ist die Beobachtung unter den älteren Ansiedlern ganz allgemein, daß die kalte Kälte, die in früherer Zeit im Winter einfiel, nicht mehr vorkommt. Bastin sucht nun dieses Milderwerden der Winter durch die fortschreitende Entwässerung des Bodens zu erklären. Feuchte Erde ist immer kälter als trockene, und es ist leicht zu begreifen, daß die Nähe einer weiten Landschaft einen Einfluß auf die Temperatur gewinnt. Wenn große Sumpfe und Morastgebiete entwässert werden, so beeinflusst dies die Witterungsverhältnisse des Gebietes. Diese Tatsache ist in England, besonders in der Gegend von Greenwich, durch meteorologische Untersuchungen erwiesen worden. Nun ist in den letzten 200 bis 300 Jahren ein beständiger Rückgang des Moore- und Sumpflandes zu verzeichnen gewesen. Aber auch anderer Boden, der längere Zeit zum Ackerbau benutzt worden ist, wird dadurch von Nässe befreit. Die Bodentemperatur des ganzen Landes wird dadurch wärmer, und muß auf diese Weise eine bedeutende Einwirkung auf das Klima gewinnen.

§ Das Geschäftszimmer der „Deutschen Vereinigung im Seim“ befindet sich seit dem 1. Januar in dem Hause Weltsienplatz (Plac Wolnosci) Nr. 3. Alle Eingaben, Gesuche oder Mitteilungen an die deutschen Abgeordneten im polnischen Seim sind an obige Adresse zu richten. Rückporto ist jedesmal beizulegen. Geschäftsstunden sind nur Werktags von 9 bis 2 Uhr nachmittags.

§ Entlassung des Jahrgangs 1895. Sämtliche Generalkommandos haben vom Kriegsminister die Anweisung erhalten, die im Jahre 1895 geborenen Soldaten sofort zu entlassen.

§ Refrutterung der Dentisten. Auf Grund eines Gesetzes über die persönlichen Kriegsdienstleistungen wurde die Refrutterung der Dentisten und Dentistinnen angeordnet.

§ Vom Telefonverfehr. Als das neue Telefonverzeichnis vom Stande am 1. November herauskam, haben wir alle, Geschäftskunde und Private, das kleine blaue Buch mit Freuden begrüßt. Besonders anerkannt wurden die zweisprachigen Erklärungen und Ortsbezeichnungen, so daß der Pole den Deutschen und ebenso umgekehrt zu erreichen imstande war. Jetzt haben sich die Verhältnisse allerdings gründlich geändert. Eine große Zahl der Teilnehmer hat bei der übertriebenen Verteuerung der Gebühren den Anschluß gekündigt, so daß ein Nachtrag — nicht der Neuanschlässe —, sondern der eingegangenen Telefonnummern für den Verfehr ein dringendes Erfordernis ist. Hoffen wir, daß die Verwaltung eine solche Herausgabe beschleunigt. Denn an eine Herabsetzung der Gebühren ist wohl kaum zu denken, und wer den Anschluß einmal aufgegeben hat, ist sicher heute nicht in der Lage, neu zu abonnieren. Dagegen hören wir aus Polen, daß man beabsichtigt, den Ärzten den Wiederanschluß nach einer besonderen Scala zu erleichtern. Für Landärzte und praktische Ärzte, deren Hilfe von weit her in Anspruch genommen wird, werden die geringsten Sätze gefordert werden. Maßgebend für die Sonderbehandlung des Arztestandes war der Umstand, daß er vorwiegend im öffentlichen und Staatsinteresse tätig ist. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Ermäßigungen aber noch nicht abgeschlossen, von welchem Zeitpunkt ab und in welchem Umfange die Gebührenermäßigungen eintreten sollen.

§ Erhöhung der Gerichtsgeldern. Mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung und im besonderen auf die Verteuerung der Bureauunterhaltung wird der Teuerungsaufschlag für die Gerichtsgeldern von 100 auf 200 Prozent erhöht.

§ Rechtsmittel gegen polizeiliche Strafverfügungen. Ständt jemand zu Unrecht eine polizeiliche Strafverfügung erhalten zu haben, so steht ihm frei, innerhalb einer Woche Einspruch bei der Verwaltung zu erheben. In dieser Eingabe empfiehlt es sich aber, gerichtliche Entscheidung zu beantragen für den Fall, daß die Verfügung nicht zurückgenommen oder die Strafe ermäßigt wird.

§ „Das Deutsche Buch.“ Die Ausführungen über das „Deutsche Buch“ in unserer Ausgabe vom 4. d. M., schreibt man uns, können hier in Polen leicht irrtümliche Auffassung hervorrufen. Deshalb seien nachstehende Aufklärungen angebracht: Die Außenhandelsstelle für das Buchgewerbe wurde vor etwa einem Jahr gegründet, um eine Kontrolle über die Ausfuhr von deutschen Büchern zu erhalten, vor allem, um der Verschleuderung nach dem Auslande vorzubeugen. Wie alle deutschen Waren, so wurden auch die deutschen Bücher infolge des niedrigen Standes der deutschen Mark vom Auslande in riesigen Mengen aufgekauft, um dann dort zu Schleichpreisen in den Handel gebracht zu werden. Das deutsche Buch wurde hierdurch in seinem Werte in den Augen des Auslandspublikums herabgesetzt. Z. B. kostete in Paris ein erstklassig ausgestattetes deutsches Kunstwerk Frs. 9.00, während allein das Kunstbuchpapier, das hierzu verwendet wurde, dortselbst Frs. 12.00 kostete. Die deutsche Arbeit des Autors, Malers, Druckers ufm. hatte demnach das Ausland umsonst. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, bestimmte die Außenhandelsstelle im Einvernehmen mit dem Börsenverein der deutschen Buchhändler und des deutschen Verlegervereins, daß für Bücherlieferungen nach Ländern mit höherer Valuta nur die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen maßgebend ist. Diese wird wöchentlich im Börsenblatt der deutschen Buchhändler entsprechend dem Stande der deutschen Mark abgedruckt und hat für alle Buchhändler bindende Kraft. Durch diese Verordnung wird jeder Buchhändler gezwungen, bei Lieferungen nach den Ländern mit höherer Valuta einen entsprechenden Valutaaufschlag zu nehmen, der natürlich bei fast allen Ländern verschieden ist und sich durchschnittlich zwischen 100—500 Prozent bewegt. Den Mehrerwerb, den der deutsche Verleger durch diese Verordnung erzielt, soll dazu dienen, den Preis für das deutsche Buch recht lange in Deutschland niedrig zu halten. Inzwischen ist durch das fortgesetzte Steigen der Arbeitslöhne und der sonstigen Unkosten der Verleger nicht in der Lage, das Buch so billig als bisher herzustellen. Der Preis der deutschen Bücher nähert sich jetzt auch ohne Valutaaufschläge immer mehr den Weltmarktpreisen. Würde nun die Verkaufsordnung in ihrer bisherigen Weise aufrecht erhalten, so würde das deutsche Buch nicht mehr konkurrenzfähig bleiben und die Folge davon wäre, daß einer der wichtigsten deutschen Kulturträger im Auslande verdrängt würde. Der Börsenverein und der Deutsche Verlegerverein haben deshalb beschloffen, daß die Valutaaufschläge den Weltmarktpreisen angepaßt werden. Dies letztere stimmt mit unseren damaligen Ausführungen überein, ist aber für uns hier in Polen ohne Bedeutung, da die Verordnung nur auf Länder mit höherer Valuta die deutsche Valuta Bezug hat. Für uns hier in Polen kommt lediglich der deutsche Bücherpreis plus Valutadifferenz zwischen polnischer und deutscher Mark in Betracht.

§ Falsche englische Banknoten. Nach einer Meldung der englischen Handelskammer hat die Londoner Polizei die Mitteilung erhalten, daß eine Urmenge falscher Banknoten im Umlauf sind. Es wurde festgestellt, daß diese Noten aus Bata kommen.

§ Unser neuer Roman. Geheimnisvoll, bunt und reich an Abenteuern und voll starker Spannung ist der neue Roman, den wir in unserem „Hausfreund“ heute beginnen. Er heißt: „Weltmeisterkämpfe“, aus der Feder der beliebten Erzählerin Ada v. Gersdorff. Ein aus der Zeit geborenes Werk von besonderer Art. Das Wirken eines über die ganze Welt verbreiteten verbrecherischen Bundes, im Rahmen der besten Gesellschaft, ist die Ursache all der merkwürdigen und überraschenden Vorgänge, in deren Mittelpunkt eine schöne Frau und ihre Liebe steht — eine Maria in Ketten.

§ Der Höchstpreis für Salz beträgt jetzt 2,60 Mark pro Pfund ohne Verpackung.

§ Eine Sondervorstellung des Weihnachtsmärchens (Gratiasvorstellung) für Kinder ist geplant. Die Kreisvereinigung bittet die Obleute, u. U. deren Vertreter, in den einzelnen Stadt- und Vorortbezirken, bis Donnerstags abends an Herrn Martin Piehl, Danzigerstraße (Gdańska) 194, mündlich oder schriftlich mitzuteilen, ob und welche Kinder, nicht unter 5 Jahren, vorhanden sind, deren Eltern oder sonstige Unterhaltungspllichtige arm und daher nicht in der Lage sind, ihre Kinder in die Vorstellung von Schneewittchen zu schicken. Diese Kinder müssen nach Name, Vorname, Beruf der Eltern, Lebensalter und Wohnung benannt werden.

§ Justizversteigerung. Aus Abnigaberg i. Pr. schreibt man uns: Die Kataloge der 111. Justizversteigerung der Ostpreussischen Kollator Verbuch-Gesellschaft, die am 19. und 20. Januar d. J. in Abnigaberg i. Pr. auf dem städtischen Viehhof stattfinden, sind jetzt erschienen und können kostenlos von der Geschäftsstelle, Abnigaberg i. Pr., Steindamm 67/69, bezogen werden. Die zur Auktion kommenden Tiere stammen sämtlich aus Verbuch-Herden, die systematisch auf hohe Leistungen, Formenschnöheit und Gesundheit gezüchtet sind. Die Verbuch-Gesellschaft hat seit dem vorigen Jahre das Kontrollvereinswesen wieder obligatorisch eingeführt, so daß von den Mählern fast aller Tiere die Leistungen nachgewiesen werden können. Die Ergebnisse der Leistungsprüfungen können auf dem Ausstellungsplatze eingesehen werden.

§ Die Reinigung der Bürgersteige obliegt, wie der „Stadtmagazin“ in Erinnerung bringt, den Grundstücker-eigentümern. Bei wieder eintretendem Schneefall sind sie verpflichtet, die Gehbahnen frei von Schnee zu halten und bei Glätte Sand, Asche oder Sägespäne zu streuen. Bei Versäumnis werden Strafen verhängt und die Säuberungsarbeiten auf Kosten der Eigentümer ausgeführt werden.

§ Feuer. Gestern abends um 10 1/2 Uhr wurde die Feuerweh nach Plac Poznański 18 (Posener Platz) gerufen. Wahrscheinlich durch Fahrlässigkeit war in einem Keller Brennmaterial in Brand geraten. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung abgelöscht. Der Schaden ist unbedeutend.

### Kursbericht.

mitgeteilt von der Deutschen Volksbank Bromberg. Die Polnische Landesbanknotskasse notierte heute: Für deutsche 1000- und 100-Markcheine 840, für Noten zu 50, 20 und 10 Mark 820 und für kleinere Noten 740 Mark. Gold und Silber unverändert.

Danzig, 4. Januar. Der Kurs der polnischen Mark betrug heute in Danzig 10 1/2, Überweisung 10 1/4.

Warschau, 4. Januar. Börsenbericht der Warschauer Börse vom 4. Januar: Dumarbel zu 500: Einkauf 428, Verkauf 445, Überweisung 422, Dumarbel zu 1000: Einkauf 94, Verkauf 95, zu 250: Einkauf 84, Verkauf 82, Dollars der Vereinigten Staaten: Einkauf 600, Verkauf 660, Kanadische Dollar: Einkauf 480, Verkauf 530, Französische Franken: Einkauf 98, Verkauf 99,25, Belgische Franken: Einkauf 40,25, Verkauf 41,75, Schweizer Franken: Einkauf 96, Verkauf 102, Pfund Sterling: Einkauf 2250, Verkauf 2365, Deutsche Mark: Einkauf 850, Verkauf 900, Österreichische Kronen: Einkauf 100, Verkauf 110, Tschechoslowakische Kronen: Einkauf 750, Verkauf 890, Schwedische Kronen: Einkauf 120, Verkauf 130, Dänische Kronen: Einkauf 98, Verkauf 105, Norwegische Kronen: Einkauf 99, Verkauf 104, Rumänische Lei: Einkauf 8, Verkauf 9, Italienische Lire: Einkauf 22, Verkauf 23, Finnlische Mark: Einkauf 14, Verkauf 16, Holländische Gulden: Einkauf 199, Verkauf 209.

\* Neukadt, 3. Januar. Buchdruckerelbesitzer Stadtrat Emil Brandenburg, der Verleger des „Boten für Pomorze“ (früher „Neukadter Kreiszeitung“), ist nach fast dreimonatiger Internierung im polnischen Internierungslager Dabie bei Krasn kurz vor Weihnachten nach hier zurückgekehrt.

### Aus Kongresspolen und Galizien.

Lodz, 3. Januar. Die Danziger Unabhängigen Sozialisten, gegenwärtig auf einer Besuchsreise hier, sind — wie vom hiesigen Magistrat den Zeitungen geschrieben wird — der einzige Teil der Danziger Bevölkerung, der im Hinblick auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf dem Standpunkt eines engen Anschlusses an Danzig an Polen steht. Die Danziger Gaste bekunden ein lebhaftes Interesse für die sozialen Verhältnisse in Lodz. Ein Mitglied der Delegation, Herr Gebauer, hat seinerzeit in der von ihm herausgegebenen Danziger Zeitung „Das freie Volk“ eine Reihe ausführlicher und statistischem Material reicher Artikel über Lodz veröffentlicht. Freitag mittag machte die Abordnung dem Magistrat einen offiziellen Besuch. Der zweite Vorsitzende des Danziger Parlaments, Herr Rahn, betonte in einer Begrüßungsansprache den Arbeitercharakter der Lodzger Stadtverwaltung, über deren Tätigkeit auf kulturellem Gebiet besonders die Arbeiterbevölkerung Danzigs gut unterrichtet sei.

### Aus dem Freistaat Danzig.

\* Danzig, 4. Januar. Der von dem verstorbenen Kommissionsrat Hugo Meyer der Stadt Danzig leihwillig vermachte Geldbetrag dürfte nach Abzug aller Legate ufm. die Summe von 350.000—400.000 Mark betragen, deren Zinsen der Unterstützung von fünf bedürftigen Musikstudierenden und von drei deutschen Schülern oder Schülerinnen dienen sollen.

\* Danzig, 4. Januar. Der Kaufmann Richard Ernst Römmer, früher Leiter der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Danzig, der wegen schwerer Unterschlagungen in Hamburg verhaftet worden war, ist bei seiner Überführung nach Danzig seinem Transporteur am 21. Dezember 1920 in Eimünde entpungen und abermals flüchtig.

\* Danzig, 3. Januar. Einem Racheakt zum Opfer gefallen ist der Bürgerwehrmann Marquard, der in der Stübchenstraße in einem Hofal im Stadtgebiet aufsteht und dort von maskierten Personen überfallen und erschossen wurde. Das Motiv zur Tat wird darin gesehen, daß Marquard vor Jahresfrist in dienstlicher Eigenschaft bei Schlichtung eines Streites einen Kameraden seiner jetzigen Gegner niedergeschossen hatte.







